

Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit* vom 2. März 2004

4046 a

A. Polizeiorganisationsgesetz

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 22. Januar 2003 und der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 2. März 2004,

beschliesst:

I. Gegenstand und Organisation

§ 1. Dieses Gesetz bezeichnet die polizeilichen Aufgaben, legt die Zuständigkeiten von Kantonspolizei und kommunalen Polizeien (Stadt- und Gemeindepolizeien) in den einzelnen Aufgabenbereichen fest und schafft die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Polizeien untereinander und mit Dritten. Gegenstand

§ 2. Der Kanton verfügt über eine Kantonspolizei. Ihr Kommando untersteht der zuständigen Direktion des Regierungsrates. Kanton

§ 3. Die Gemeinden können eine eigene kommunale Polizei schaffen, sich dafür zusammenschliessen oder mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten, die über eine eigene Polizei verfügen. Gemeinden

Nimmt eine Gemeinde ihre polizeilichen Aufgaben nicht oder nicht umfassend wahr, erfüllt die Kantonspolizei an ihrer Stelle jene kommunalen polizeilichen Aufgaben, für die es einer polizeilichen Ausbildung bedarf. Die Gemeinden zahlen der Kantonspolizei dafür eine Entschädigung gemäss § 32.

* Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit besteht aus folgenden Mitgliedern: Regula Thalmann, Uster (Präsidentin); Renate Büchi-Wild, Richterswil; Bernhard Egg, Elgg; Hans Egloff, Aesch b. Birmensdorf; Christoph Holenstein, Zürich; René Isler, Winterthur; Lisette Müller-Jaag, Knonau; Martin Naef, Zürich; Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden; Marco Ruggli, Zürich; Rolf André Siegenthaler-Benz, Zürich; Jürg Trachsel, Richterswil; Johanna Tremp, Zürich; Thomas Vogel, Illnau-Effretikon; Sekretärin: Marion Wyss.

Die Gemeinden können im Rahmen ihrer polizeilichen Aufgaben mit der zuständigen Direktion eine Vereinbarung über die von der Kantonspolizei zu erbringenden Leistungen abschliessen. Die Entschädigung für diese Leistungen darf nicht tiefer sein als die Entschädigung gemäss § 32.

Angehörige
der Polizei

§ 4. Kanton und Gemeinden sorgen dafür, dass die Angehörigen ihrer Polizei über eine ihren Aufgaben entsprechende Ausbildung verfügen.

Die Angehörigen der Polizei werden vereidigt.

Hilfskräfte
und Dritte

§ 5. Kanton und Gemeinden können zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben Hilfskräfte anstellen oder Dritte beauftragen. Über deren Einsatz ist ein Reglement zu erlassen. Kennzeichen, Fahrzeuge und Ausweise müssen sich von denjenigen der Polizeikräfte deutlich unterscheiden.

Polizeiliche Zwangsmassnahmen und strafprozessuale Ermittlungshandlungen bleiben den Angehörigen der Polizei vorbehalten. Der Transport und die Betreuung von bereits polizeilich arretierten Personen können durch Hilfskräfte und beauftragte Dritte erfolgen.

Private Sicherheitsdienste

§ 5 a. Private, die gewerbmässig Personen schützen oder Grundstücke, Gebäude, gefährliche Güter oder Werttransporte bewachen, sind verpflichtet:

- a) der Polizei Auskunft über getroffene oder geplante Massnahmen zu erteilen und alle besonderen Vorkommnisse zu melden,
- b) über ihre Wahrnehmungen aus dem Bereich der Tätigkeit der Polizei Stillschweigen zu bewahren,
- c) alles zu unterlassen, was zu einer Verwechslung mit Polizeiorganen führen oder die Erfüllung der Aufgabe der Polizei beeinträchtigen könnte.

Die Verletzung einer Verhaltenspflicht gemäss Abs. 1 wird mit Haft oder Busse bestraft. Für die Strafverfolgung sind die Statthalterämter zuständig.

Die zuständige Direktion des Regierungsrates kann Personen die Betätigung als Angehörige eines Sicherheitsgewerbes verbieten, wenn

- a) sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt worden sind,
- b) sie wiederholt gegen die Verhaltenspflichten gemäss Abs. 1 verstossen haben,
- c) die öffentliche Sicherheit und Ordnung dies erfordert.

Der Erwerb und Besitz von Waffen sowie das Waffentragen richten sich für Angehörige des Sicherheitsgewerbes nach der Bundesgesetzgebung über Waffen, Waffenzubehör und Munition sowie den entsprechenden kantonalen Ausführungsbestimmungen.

II. Polizeiliche Aufgaben

§ 6. Die Polizei sorgt mit präventiven und repressiven Massnahmen sowie durch sichtbare Präsenz für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung, leistet Hilfe und unterstützt die Behörden bei der Durchsetzung der Rechtsordnung, soweit polizeiliche Mitwirkung gesetzlich vorgesehen ist.

Im Allgemeinen

§ 7. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben umfassen die Verhütung strafbarer Handlungen, die Feststellung von Straftaten und deren Aufklärung nach Massgabe des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung.

Kriminalpolizeiliche Aufgaben

Diese Aufgaben werden unterteilt in Grundversorgung und Einsatz der Spezialdienste.

§ 8. Die sicherheitspolizeilichen Aufgaben umfassen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung durch die Abwehr von Gefahren und die Beseitigung von Störungen.

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben

§ 9. Die verkehrspolizeilichen Aufgaben umfassen die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Verkehr auf den öffentlichen Strassen und auf den Gewässern sowie vorbeugende Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Verfolgung der Verstösse gegen das Verkehrsrecht, einschliesslich des Verkehrs auf Schienen.

Verkehrspolizeiliche Aufgaben

III. Zuständigkeit

A. Im Allgemeinen

§ 10. Die Kantonspolizei ist Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei für den ganzen Kanton.

Allgemeine Handlungsbefugnis der Kantonspolizei

Sie hält Interventions- und Unterstützungselemente zur Bewältigung ordentlicher und ausserordentlicher Ereignisse bereit. Bei deren Einsatz berücksichtigt sie insbesondere die Bedürfnisse der Gemeinden.

Sie ist auf dem ganzen Kantonsgebiet zum Handeln befugt.

Handlungs-
befugnis der
kommunalen
Polizei

§ 11. Die kommunale Polizei handelt im Rahmen der polizeilichen Zuständigkeit auf ihrem Gemeindegebiet.

Die Gemeinde kann ihr weitere kommunale Aufgaben übertragen.

Arbeitet die kommunale Polizei mit anderen kommunalen Polizeien zusammen oder betreut sie das Gebiet mehrerer Gemeinden, so richtet sich die Zuständigkeit nach den entsprechenden Vereinbarungen.

B. Kantonspolizei

Kriminal-
polizeiliche
Aufgaben

§ 12. Die Kantonspolizei stellt die kriminalpolizeiliche Grundversorgung sicher, vorbehältlich der Zuständigkeit der Stadtpolizeien Zürich und Winterthur.

Die komplexen Strafrechtsfälle sowie die von den Bundesbehörden delegierten Verfahren werden von den kriminalpolizeilichen Spezialdiensten der Kantonspolizei bearbeitet. In diesen Fällen sind die Spezialdienste Ansprechpartner der zuständigen Untersuchungsbehörden und der Bundeskriminalpolizei.

Komplexe Strafrechtsfälle liegen insbesondere dann vor, wenn besondere Fachkenntnisse oder besondere technische Einrichtungen erforderlich sind.

Die Kantonspolizei erfüllt die kriminaltechnischen Aufgaben. Sie kann in diesem Bereich mit Dritten zusammenarbeiten. Mit Zustimmung des Regierungsrates kann sie diese Aufgaben teilweise oder ganz Dritten übertragen.

Sicherheits-
polizeiliche
Aufgaben

§ 13. Ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur nimmt allein die Kantonspolizei polizeiliche Notrufe entgegen und ordnet die erforderlichen Massnahmen an.

Die Kantonspolizei betreibt die Polizeigefängnisse.

Die Kantonspolizei ist erste Ansprechpartnerin der Sicherheitsorgane der Bundesverwaltung.

Sie nimmt ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur folgende sicherheitspolizeiliche Aufgaben wahr:

- a) Schutz der Personen und Gebäude, für welche der Bund völkerrechtliche Schutzpflichten übernehmen muss,
- b) Schutz besonders gefährdeter eidgenössischer und kantonaler Magistratspersonen,
- c) Schutz eidgenössischer sowie kantonaler Behörden und Einrichtungen,
- d) Schutz gefährdeter Personen im Auftrag des Bundes.

- § 14. Die Kantonspolizei übernimmt im Kanton die polizeiliche Betreuung:
- a) der Autobahnen und Autostrassen,
 - b) des Eisenbahnverkehrs,
 - c) der Gewässer. Auf dem Gebiet der Stadt Zürich kann auch die Stadtpolizei Zürich ohne Abgeltung durch den Kanton seepolizeiliche Aufgaben wahrnehmen.
- Ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur erfüllt die Kantonspolizei die weiteren verkehrspolizeilichen Aufgaben, vorbehältlich der Zuständigkeiten der Gemeindepolizeien.
- § 15. Im Bereich des Flughafens Zürich sind die polizeilichen Aufgaben Sache der Kantonspolizei.

Verkehrspolizeiliche Aufgaben

Flughafen Zürich

C. Gemeindepolizei

§ 16. Die Gemeindepolizei nimmt die sicherheitspolizeilichen Aufgaben wahr, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Kantonspolizei fallen. Sie ist insbesondere für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und öffentlichen Ruhe und Ordnung besorgt und trifft Massnahmen bei Kundgebungen und anderen Veranstaltungen.

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben

§ 17. Die Gemeindepolizei nimmt folgende verkehrspolizeiliche Aufgaben wahr:

Verkehrspolizeiliche Aufgaben

- a) Überwachung des ruhenden Verkehrs sowie der Fussgänger und Radfahrer,
- b) Überwachung des Verkehrs auf Gemeindestrassen,
- c) Feststellung und Ahndung von Verstössen gegen die Verkehrsregeln, mit Ausnahme von Unfällen mit Verletzungs- oder Todesfolgen,
- d) Verkehrsregelung bei Veranstaltungen.

Vorbehalten bleiben die §§ 353 und 356 der Strafprozessordnung.

§ 18. Die Gemeindepolizei ist zuständig für die Feststellung und Ahndung von Übertretungen.

Übertretungen

§ 19. Gemeinden, die über eine eigene Gemeindepolizei verfügen, können mittels Vereinbarung mit der zuständigen Direktion folgende Aufgaben übernehmen:

Übernahme weiterer polizeilicher Aufgaben

- a) kriminalpolizeiliche Aufgaben im Rahmen der Grundversorgung,
- b) weitere verkehrspolizeiliche Aufgaben, vorbehältlich jener gemäss § 14 Abs. 1.

D. Die kommunalen Polizeikörper der Städte Zürich und Winterthur

Kriminal-
polizeiliche
Aufgaben

§ 20. Auf dem Gebiet der Stadt Zürich stellt die Stadtpolizei Zürich die kriminalpolizeiliche Grundversorgung sicher. Dazu zählen in der Stadt Zürich zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität auch die Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittel-szene, Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexmilieu.

Auf dem Gebiet der Stadt Winterthur nimmt die Stadtpolizei Winterthur folgende kriminalpolizeiliche Aufgaben wahr:

- a) Bearbeiten von Antragsdelikten mit Ausnahme schwer wiegender Fälle,
- b) Bearbeiten überschaubarer und untergeordneter Offizialdelikte.

Mittels Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat und der Stadt Winterthur können der Stadtpolizei Winterthur weitere kriminalpolizeiliche Aufgaben im Rahmen der Grundversorgung übertragen werden.

Sobald die polizeilichen Erhebungen ergeben, dass ein Fall nach § 12 Abs. 2 vorliegt, ist das Verfahren umgehend an den zuständigen Spezialdienst der Kantonspolizei abzutreten.

Sicherheits-
polizeiliche
Aufgaben

§ 21. Die Stadtpolizeien Zürich und Winterthur nehmen neben den Aufgaben nach § 16 folgende sicherheitspolizeiliche Aufgaben wahr:

- a) Entgegennahme von polizeilichen Notrufen und Veranlassung der erforderlichen Massnahmen,
- b) Schutz gefährdeter Personen und Einrichtungen gemäss § 13 Abs. 4 in Absprache mit der Kantonspolizei.

Verkehrs-
polizeiliche
Aufgaben

§ 22. Die Stadtpolizeien Zürich und Winterthur nehmen die verkehrspolizeilichen Aufgaben wahr, mit Ausnahme der Aufgaben gemäss § 14 Abs. 1.

Vorbehalten bleiben die kantonalen Signalisationsvorschriften.

IV. Zusammenarbeit

A. wird gestrichen.

§ 23. wird gestrichen.

§ 24. wird gestrichen.

| B. wird gestrichen.

§ 25. Die Kantonspolizei und die kommunalen Polizeien unterstützen sich gegenseitig bei der Aufgabenerfüllung. Gegenseitige Unterstützung

§ 26. Die Kantonspolizei informiert die kommunalen Polizeien über Ereignisse oder Wahrnehmungen, die für die polizeiliche Aufgabenerfüllung wesentlich sind. In Gemeinden ohne eigene kommunale Polizei informiert sie die zuständigen Behörden über Vorkommnisse von besonderer Tragweite. Mitteilungspflicht

| Die kommunalen Polizeien teilen der Kantonspolizei ihre Wahrnehmungen über zu erwartende oder eingetretene Ereignisse, die ein Eingreifen der Kantonspolizei erfordern könnten, mit und treffen die unaufschiebbaren Massnahmen.

§ 27. Die Kantonspolizei unterstützt die Koordinationsbestrebungen der Gemeinden im Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Beschaffungswesen. Koordination

Kantonspolizei und kommunale Polizeien schaffen die Voraussetzungen für korpsübergreifende Laufbahnmöglichkeiten.

Die Kantonspolizei öffnet Stellen in Aufgabenbereichen, die in die ausschliessliche Kompetenz der Kantonspolizei fallen, auch geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus kommunalen Polizeikorps.

§ 28. Die Kantonspolizei leitet gemeinsame Einsätze der Kantonspolizei und der kommunalen Polizei. Gemeinsame Einsätze

| Bei Einsätzen in den Städten Zürich und Winterthur wird das Kommando über die städtischen Kräfte in der Regel bei der Stadtpolizei belassen.

§ 29. Erfordert eine Lage Schutz- oder Rettungsmassnahmen, die mit den verfügbaren Mitteln der für den Ereignisort zuständigen öffentlichen Dienste voraussichtlich nicht rechtzeitig bewältigt werden können, trifft die Kantonspolizei die sofort erforderlichen Massnahmen, koordiniert und leitet die eingesetzten Kräfte. Grossereignisse

| Bei Ereignissen in den Städten Zürich und Winterthur wird die Einsatzleitung in der Regel bei der Stadtpolizei belassen.

§ 30. Die Kantonspolizei arbeitet mit Polizeistellen und Behörden anderer Kantone, des Bundes und des Auslandes zusammen. Kantonsübergreifende Zusammenarbeit

| Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere die Mitwirkung bei gemeinsamen Einsätzen, Ermittlungen, Ausbildungsveranstaltungen und in Fachgremien sowie im Beschaffungswesen.

Ausser-
kantonale
Einsätze

§ 31. Der Regierungsrat bewilligt den ausserkantonalen Einsatz bedeutender Kräfte der Kantonspolizei. Bei Dringlichkeit trifft das Polizeikommando die unaufschiebbaren Massnahmen.

Die Mitwirkung von kommunalen Polizeikräften erfolgt nach Absprache mit den betroffenen Behörden.

V. Kosten

Kosten für
gemeinde-
polizeiliche
Aufgaben

§ 32. Gemeinden, die ihre polizeilichen Aufgaben nicht oder nicht umfassend selbst erfüllen, leisten der Kantonspolizei eine pauschale Entschädigung.

Der Regierungsrat legt die Entschädigungsgrundsätze und den Entschädigungsumfang fest. Er berücksichtigt dabei namentlich die Aufwendungen der Kantonspolizei und die Kosten der Gemeinden, die ihre Aufgaben selber wahrnehmen.

Vorbehalten bleibt die Entschädigung auf Grund einer Leistungsvereinbarung gemäss § 3 Abs. 3.

Kosten
bei ausser-
kantonalen
Einsätzen

§ 33. Der Regierungsrat regelt die Kostentragung bei ausserkantonalen Einsätzen. Er berücksichtigt dabei namentlich Art und Ausmass des Einsatzes sowie die Aufwendungen der Beteiligten.

VI. Information und Datenbearbeitung

Information

§ 34. Die Polizei ist befugt, im öffentlichen Interesse und im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Bevölkerung und Betroffene zu informieren, sofern keine überwiegenden schützenswerten Interessen Privater oder des Gemeinwesens entgegenstehen.

Über Polizeieinsätze, an denen Kantonspolizei und kommunale Polizeien beteiligt sind, informiert die Kantonspolizei. Abweichende Absprachen bleiben vorbehalten.

Daten-
bearbeitung

§ 35. Die Polizei ist befugt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Führung ihrer Geschäftskontrolle Daten zu bearbeiten und dazu geeignete Datenbearbeitungssysteme zu betreiben.

Die Kantonspolizei und die Stadtpolizeien von Zürich und Winterthur sind befugt, einander Zugriff auf ihre Datenbestände zu gewähren, soweit dies zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben notwendig ist.

VII. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 36. Der Regierungsrat erlässt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen. Diese regeln insbesondere:

Ausführungs-
bestimmungen

- a) die kriminalpolizeilichen Aufgaben der Stadtpolizei Zürich und der Stadtpolizei Winterthur im Rahmen der Grundversorgung sowie die Aufgaben der kantonalen Spezialdienste,
- b) Voraussetzungen und Höhe der von den Gemeinden an die Kantonspolizei zu leistenden Entschädigung,
- c) die polizeiliche Bearbeitung von Daten, das Betreiben von entsprechenden Datensystemen und den Daten- und Informationsaustausch mit anderen Polizeistellen und Behörden,
- d) den Bestand der Kantonspolizei, Aufnahmebedingungen sowie Ausbildung und personalrechtliche Stellung ihrer Mitarbeitenden,
- e) die Leistungen an Angehörige des Polizeikorps und der Flughafen-Sicherheitspolizei der Kantonspolizei bei Unfällen und Berufskrankheiten mit Invaliditäts- oder Todesfolge, die auf die besondere Gefahr des Polizeidienstes und der polizeilichen Aus- und Weiterbildung oder auf die besondere Stellung als Polizeiangehörige zurückzuführen sind, analog zum Bundesgesetz über die Militärversicherung.

Die Bestimmungen gemäss lit. a und b bedürfen der Genehmigung durch den Kantonsrat.

§ 37. Das Gesetz betreffend das Kantonspolizeikorps vom 27. Juni 1897 wird aufgehoben.

Aufhebung
bisherigen
Rechts

§ 38. Das Gerichtsverfassungsgesetz vom 13. Juni 1976, in der Fassung vom 27. Januar 2003, wird wie folgt geändert:

Änderung
geltenden
Rechts

§ 72 a. Abs. 1 bis 3 unverändert.
Abs. 4 und 5 werden aufgehoben.

§ 39. An Stelle der Übernahme der ärztlichen Behandlungskosten durch den Staat wird den am 1. Juli 1999 aktiven Korpsangehörigen im Sinne einer befristeten und degressiven Übergangslösung ein jährlich abnehmender Betrag ausgerichtet. Im ersten Jahr werden Fr. 2000 ausgerichtet. Dieser Betrag reduziert sich in jedem Folgejahr um Fr. 200. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil der versicherten Besoldung. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

Übergangs-
bestimmung

B. Beschluss des Kantonsrates über die Abschreibung parlamentarischer Vorstösse

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 22. Januar 2003 und der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 2. März 2004,

beschliesst:

I. Folgende parlamentarische Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:

- a) Motion KR-Nr. 249/1996 betreffend Zusammenlegung der kantonalen und der städtischen Kriminalpolizei,
- b) Motion KR-Nr. 314/1996 betreffend Koordination und mögliche Einsparungen bei Kantons- und Stadtpolizei Zürich sowie Stadtpolizei Winterthur,
- c) Postulat KR-Nr. 218/1998 betreffend Wahrnehmung der gemeindepolizeilichen Aufgaben,
- d) Motion KR-Nr. 357/1998 betreffend Schaffung eines Polizeigesetzes,
- e) Motion KR-Nr. 53/1999 betreffend Schaffung eines Polizeiorganisationsgesetzes,
- f) Postulat KR-Nr. 407/2000 betreffend weiter gehende Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei Zürich,
- g) Postulat KR-Nr. 414/2000 betreffend Gutachten über die Zusammenlegung der Seepolizeien.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Minderheitsantrag Christoph Holenstein

Die Vorlage 4046 a wird abgelehnt.

Zürich, 2. März 2004

Im Namen der Kommission
für Justiz und öffentliche Sicherheit

Die Präsidentin:
Regula Thalmann

Die Sekretärin:
Marion Wyss